

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Wilhelmshavener Tageblatt und amtlicher Anzeiger.
1881-1909
23 (1897)**

253 (29.10.1897)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-1068461](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-1068461)

Wilhelmshavener Tageblatt

und

amtlicher Anzeiger.



Redaktion u. Expedition: Kronprinzenstraße Nr. 1.

Amtliches Organ für sammtl. Kaiserl., Königl. u. städt. Behörden, sowie für die Gemeinden Hant u. Neustadtgödens.

Interate für die laufende Nummer werden bis spätestens Mittags 1 Uhr entgegengenommen; größere werden vorher erbeten.

No 253.

Freitag, den 29. Oktober 1897.

23. Jahrgang.

Deutsches Reich.

Berlin, 27. Okt. Der Kaiser kehrte gestern Nachmittag um 4 Uhr von Berlin nach dem Neuen Palais zurück, wo um 8 Uhr eine größere Abendtafel stattfand. Heute Morgen um 7 $\frac{1}{2}$ unternahm das Kaiserpaar einen gemeinsamen Spazierritt. Später hörte der Kaiser den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts, Wirtl. Geh. Rath Dr. v. Lucasius.

Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe ist heute von Baden-Baden wieder in Berlin eingetroffen.

Der Abg. Dr. Hammacher hatte heute eine Konferenz mit dem Staatssekretär Grafen Posadowsky.

Berlin, 27. Okt. Der Kultusminister Dr. Hoffe hat Berlin verlassen. — Der zum Votschafter in Washington bestimmte Herr v. Holleben verläßt heute Berlin, um noch einige Tage bei seinen Verwandten zu verleben. Am 9. November gedenkt der Votschafter sich in Bremen an Bord des Lloyd-Dampfers „Kaiser Wilhelm der Große“ nach Amerika einzuschiffen.

Berlin, 25. Okt. Der Gesetzentwurf zur Entschädigung unschuldig Verurtheilter ist dem Bundesrath zugegangen. Ueber den Inhalt der Vorlage weiß ein Berliner Blatt folgendes zu berichten: Die Vorlage nimmt den Standpunkt ein, daß darüber, ob die Entschädigungspflicht der Staatskasse begründet ist, wie auch über den Betrag der zu leistenden Entschädigung endgiltig von den Gerichten zu entscheiden ist. Der Kreis der Personen, welche eine Entschädigung beanspruchen können, und der Umfang des zu leistenden Schadenersatzes sind in gleicher Weise beschränkt, wie dies durch den vorjährigen Entwurf der Regierung in Aussicht genommen war. Auch ist die Vorlage darin auf dem Standpunkt des früheren Entwurfs verblieben, daß nur denjenigen, deren Unschuld zu Tage getreten ist, ein Entschädigungsanspruch zu gewähren ist. In dieser Beziehung heißt es in der dem Entwurf beigegebenen Begründung: „Die obwaltenden Bedenken gehen im wesentlichen dahin, daß die Entscheidung des Gerichts zwei Klassen von Freigesprochenen schaffe, wobei diejenigen, denen ein Entschädigungsanspruch nicht zuerkannt wird, dauernd mit einem Makel behaftet bleiben. Diese Folge würde allerdings unvermeidlich sein, wenn im Anschluß an das Urtheil, durch welches die Freisprechung im Wiederaufnahmeverfahren erfolgt, das Gericht in öffentlicher Sitzung darüber zu erkennen hätte, ob dem Freigesprochenen eine Entschädigung gebührt oder nicht. Sie wird aber, wenn auch nicht ganz vermieden, so doch in hohem Maße abgeschwächt, wenn über die letztere Frage zwar nach dem Gehalt der Entscheidungen entschieden wird, und wenn die Entscheidung von dem Gerichte nicht zugleich mit dem Urtheil, durch welches die Freisprechung erfolgt, öffentlich verkündet, wenn sie vielmehr lediglich dem Freigesprochenen eröffnet wird. Der Freigesprochene, dem eine Entschädigung gebührt, wird durch die Zustellung der Entscheidung des Gerichts in die Lage versetzt, im Rechtswege die Zahlung desjenigen zu fordern, was ihm nach dem Gesetze zu vergütet ist. Der Freigesprochene, dem eine Entschädigung nicht zugebilligt wird, kommt nicht in die missliche Lage, daß ihm solches vor der Öffentlichkeit kundgegeben wird. Die freigesprochenen Urtheile erfahren keine Differenzierung unter einander. Diesen Weg hat der Entwurf gewählt.“

Berlin, 27. Okt. Wie jetzt feststeht, wird der Reichstag in der letzten Novemberwoche berufen werden.

Zu der Bernsteinsfrage berichtet die „Nitr. Ztg.“, die Regierung denke auf keinen Fall daran, den Vertrag mit Becker zu verlängern. Der Plan, die Bernsteinsgewinnung selbst in die Hand zu nehmen und deshalb die Becker'schen Liegenschaften und Betriebe anzukaufen, sei jedoch gescheitert an der übertriebenen Forderung des bisherigen Besitzers. Zu einem Eneignungsverfahren liege kein gesetzlicher Grund vor. Die Regierung wolle nun folgenden Ausweg wählen. Das Becker'sche Unternehmen soll in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden, an der sich der Staat als Aktionär beteiligt. Wenn auch Becker voraussichtlich den größten Theil der Aktien sich vorbehalten würde, wäre er doch an die Satzungen der Gesellschaft gebunden und der Staat könnte sich durch einen Kommissar im Vorstände vertreten lassen. Der vom Handelsminister nach Ostpreußen entsandte Kommissar sollte die Ausführung dieses Plans in die Wege leiten. Sollte die Umbildung bis zum 1. Januar nicht erfolgt sein, so habe Becker sich bereit erklärt, den Betrieb noch einige Monate in bisheriger Weise weiter zu leiten. Aus diesen Angaben erhellt vor allem, daß Becker sich als Herr der Situation fühlt.

Die durch die Presse gegangene Mittheilung eines Berichtes über die angebliche Einführung einer Fahrradsteuer scheint sich nicht zu bestätigen. Wie jetzt mitgeteilt wird, ist einer Abordnung der Fahrradhändler lediglich erklärt worden, daß die Regierung einer Erhöhung des Zolles an und für sich nicht abgeneigt sei, es sei eine Zollerhöhung, die auf dem Verordnungsweg nicht durchgeführt werden könne, aber durch die Gesetzgebung noch nicht in Aussicht genommen.

Berlin, 26. Oktober. Im „Münchener Generalanzeiger“ werden Briefe aus dem Jahre 1871 veröffentlicht, die ansehnend auf mündliche Weisungen des unglücklichen Königs Ludwig II. durch einen Kammerdiener oder Leib-Lataien an eine Vertrauensperson des Königs gerichtet sind und eine unüberwindliche Abneigung gegen Preußen bekunden. Wir sehen von der Wiederhergabe dieser Briefe ab. Wenn sie echt sind, was wir bezweifeln, haben sie für die Gegenwart keine praktische Bedeutung mehr; ihre Veröffentlichung scheint nur den Zweck zu haben, eine Ver-

stimmung zwischen Berlin und München hervorzurufen. Hoffentlich wird er nicht erreicht.

Berlin, 26. Okt. Ueber eine Strafexpedition der achten Kompanie der Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika in das Hinterland von Lindi und Mikindani hat der Führer der Expedition, Prem.-Lieut. Engelhardt, einen Bericht erstattet. Nach demselben wurde der Zug ausgeführt, um künftigen Einfällen der Wangoni vorzubeugen. Bei den Verhandlungen mit deren Häuptlingen mußte zur Verhaftung derselben geschritten werden, da auf gültigem Wege die Herausgabe der in den letzten Jahren geraubten Menschen und Güter nicht zu erreichen war. Die schuldbelasteten 5 Akidas bezahlten einen Fluchtversuch aus dem Lager mit dem Leben. Kurz nach Verhaftung der Häuptlinge lieferten nahe Verwandte derselben mehrere hundert Kriegsklaven im Lager der Kompanien ab.

Berlin, 26. Okt. In einer in Dresden abgehaltenen sozialdemokratischen Parteiversammlung hat der Agitator Sudermann erklärt, die letzte sächsische Landtagswahl sei für die Partei eine große Enttäuschung gewesen, denn sie habe gezeigt, daß die Masse der Bevölkerung nicht hinter der Partei stehe. — Recht hat er.

Berlin, 27. Okt. Zum Karlsruhe-Darmstädter Zwischenfall wird jetzt bekannt, daß der Depeschenwechsel wegen des Besuchs des Großherzogs gar nicht durch das hessische Oberpostamt, sondern direct zwischen dem Kaiser Nikolaus und dem Großherzog von Baden erfolgt ist, weshalb die Darmstädter Hofpresse alle Verantwortung für die unglückliche Fassung der Antwort ablehnt. Die Darmstädter Blätter schweigen sich über den Fall aus. In Karlsruhe soll eine amtliche Veröffentlichung des Sachverhalts erfolgen.

Während, wie das „B. L.“ erfährt, in diplomatischen Kreisen dem Nichtempfang des großherzoglich badischen Paars beim Zarenpaare eine besondere Bedeutung nicht beigelegt wird, da derartige Improvisationen häufig an den schon früher getroffenen Dispositionen scheitern, scheint in einzelnen Kreisen der Reichsverwaltung eine andere Auffassung zu bestehen. Vom Telegraphenamt der hiesigen Börse wurde nämlich die Beförderung der Telegramme abgelehnt, welche auf jene auffallende Thatsache, die übrigens an der Börse viel besprochen wurde, Bezug nahen. Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe besuchte gestern den hessischen Staatsminister Finger und hatte mit ihm eine längere Unterredung. Später folgte er einer Einladung des Zarenpaars zum Diner. Dem Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe und dessen Gemahlin machte er einen Besuch. Es erzählt sich in Darmstadt das Gerücht, daß Fürst Hohenlohe eine Begegnung mit dem russischen Minister des Aeußern, Grafen Murawiew, haben werde. Die Rückkehr des Reichskanzlers war auf der hiesigen preussischen Gesandtschaft seit mehreren Tagen bekannt, wurde aber streng geheim gehalten.

Darmstadt, 27. Oktober. Aus London wird berichtet: Ein Berliner Berichterstatter des „Daily Tel.“ hat von einem hochgestellten Diplomaten erfahren, daß der Zar vor der Ablehnung des Besuchs des Großherzogs von Baden dem deutschen Kaiser Aufklärung über die Angelegenheit gegeben habe. Der Zar nahm Partei für die Familie seiner Gemahlin bezüglich der seit geraumer Zeit sehr gespannten Beziehungen zwischen den Höfen von Karlsruhe und Darmstadt. Außerdem sei es möglich, daß der Zar verstimmt sei gegen den Großherzog, der, seitdem das französisch-russische Bündnis eine unzweifelnde Thatsache geworden ist, alle russischen Großfürsten, die Baden besuchten, ignorierte.

Karlsruhe, 26. Okt. Der neueste Hofbericht sagt, daß der Großherzog mit dem Reichskanzler eine eingehende Besprechung über die Ablehnung des Besuchs in Darmstadt hatte. Eine amtliche Veröffentlichung über den Sachverhalt sieht zu erwarten. Die „Bad. Landesztg.“ schreibt über den Vorgang: „Wir haben es mit einer persönlichen Kränkung des Großherzogs zu thun. Das deutsche Volk empfindet das tiefste Bedauern darüber, daß der junge, 29jährige russische Kaiser auf deutschem Boden nicht so viel Zeit übrig hatte, um den 17jährigen Großherzog und seine Gattin, die einzige Tochter des Kaisers Wilhelm I. zu empfangen. Badischerseits steht eine amtliche Veröffentlichung über den Sachverhalt in Darmstadt bevor.“

Frankfurt a. M., 26. Okt. Der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe ist heute Abend aus Baden-Baden hier eingetroffen und im „Russischen Hof“ abgestiegen. Derselbe hat heute Morgen 8 Uhr 2 Min. seine Reize nach Berlin fortgesetzt.

Münster, 27. Okt. Heute Vormittag fand die feierliche Enthüllung des Denkmals Kaiser Wilhelms des Großen in Anwesenheit des Prinzen Friedrich Leopold, als Vertreter des Kaisers, der Spitzen der Behörden und einer zahlreichen Menschenmenge statt. Oberpräsident Sudt brachte ein begeistertes aufgenommenes Hoch auf den Kaiser aus. Der Vorbeimarsch der Truppen und der Militärvereine beschloß die Feier. Alsdann fand Frühstückstafel statt.

Dresden, 27. Okt. Die königlich sächsische Regierung ist, gutem Vernehmen nach, mit einer Umgestaltung des Seminarunterrichts beschäftigt. Geplant ist die obligatorische Einführung der französischen Sprache in den Lehrplan und die Erhöhung der Unterrichtsdauer von sechs auf sieben Jahre. — Nachdem den Volksschullehrern die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst zuerkannt worden ist, geht durch die sächsische Lehrerschaft eine starke Bewegung für eine allgemeine Zulassung der Volksschullehrer zum Studium pädagogischer Fächer an der Landesuniversität.

Stuttgart, 25. Okt. Gestern fand eine große württembergische Handwerkerversammlung statt. Die Staatsbehörde hatte dazu drei Oberregierungsräthe und einen Regierungsassessor entsandt. Gegenstand der Verhandlungen war die neue Handwerkerorganisation. Oberregierungsrath Hoffmann erklärte, das Ministerium denke sich die Durchführung der Organisation folgendermaßen: Das neue Gesetz hat die Mittelreihe zwischen den Forderungen des Zunftzwangs und Befähigungsnachweises einerseits und dem Verlangen, daß jede Staatshilfe abzulehnen sei, andererseits gezogen und strebt die Gesamtvertretung des Handwerks in den obligatorischen Handwerkerkammern an, welche die Vertreter der lokalen Vereinigungen umfassen. Den wirtschaftlichen Bestrebungen bringt die Regierung das größte Interesse entgegen. Mit aller Entschiedenheit betone er, daß es sich bei dem gegenwärtigen Gesetze keineswegs um eine Vorstufe zum Befähigungsnachweis und allgemeinen Zunftzwang handle. Der von der württembergischen Regierung im Bundesrath festgehaltene Standpunkt werde von ihr nach wie vor festgehalten. Jedemfalls möchten sich die Handwerker auf einen gemeinsamen Boden stellen. Alle Formen der gesetzlich zulässigen Handwerkervereinigungen sollten als gleichberechtigt anerkannt werden.

Hamburg, 27. Oktober. Die „Hamb. Nachr.“ kommen nochmals auf die braunschweigische Frage zurück und führen der „Braunschweigischen Landeszeitung“ gegenüber aus, daß ein Verzicht auf Hannover dem Herzog von Cumberland noch keineswegs zum braunschweigischen Thron berechle. Das erwähnte Blatt, das die Ansprüche des Herzogs vertritt, macht sich dadurch der Begünstigung landesverräterischer Umtriebe gegen Preußen schuldig.

Ausland.

Wien, 26. Okt. Eine starke Bewegung rief im Abgeordnetenhaus der plötzliche Rücktritt des Präsidenten Rathrein hervor. Rathrein gab zwar keinerlei Gründe für seinen Schritt an, aber es ist ein offenes Geheimniß, daß sein Rücktritt erfolgte, weil ihm zugemuthet worden war, gegen die deutsche Opposition energischer vorzugehen. Er erklärte, nicht der Sturmhaß gegen Deutsche sein zu wollen, er sei selbst ein Deutscher. Rathrein war der deutschen Opposition niemals unsympathisch gewesen, und hatte stets in konzilianter Weise präsidirt. In deutschen Kreisen wird nun der Verdacht ausgedrückt, Rathreins Abgang bedeute den Beginn der Gewaltanwendung gegen die deutsche Opposition durch den polnischen Vizepräsidenten Abrahamowicz und den zweiten jugoslawischen Vizepräsidenten Kramariz. Die Demission Rathreins dürfte aber vielleicht doch dem Grafen Badeni insofern einen Stich durch die Rechnung machen, als nun auch die katholische Volkspartei sich offen von der Majorität loszusagen und mit den andern deutschen Parteien vereint das Banner des Deutschtums gegen den slavischen Ansturm vorzuheben wird. Die parlamentarischen Verhältnisse sind dadurch so unheilbar geworden, daß eine Auflösung des Abgeordnetenhauses als nahe bevorstehend angesehen werden muß.

Wien, 26. Okt. Die gestrige Rede Banffy's, die unumwunden mit der Möglichkeit des Eintritts nichtverfassungsmäßiger Zustände in Oesterreich rechnet, macht hier das größte Aufsehen. Die „Neue Fr. Pr.“ greift heftig die ungarische Regierung an, die nicht das Recht habe, die oesterreichische Verfassung so zu behandeln, als läge sie schon auf dem Sterbebette. Wenn der ungarische Reichstag, wie Banffy ankündigt, die Befugniß an sich reiße, den Antheil und das gemeinsame Budget ohne Vertrag mit der diesseitigen Reichshälfte zu bestimmen, so wäre der Dualismus für immer tief erschüttert. Die Sprachverordnungen und die Existenz des Ministeriums Badeni hätte die Monarchie in diese Lage gebracht, trotzdem wollte man den verhängnißvollen Irrthum nicht einsehen. Das „Neue Wiener Tageblatt“ schreibt: Was immer kommen mag, die Deutschen werden ihren Kampf für ihr Volksthum nicht aufgeben.

Rom, 26. Okt. Hier verlautet, daß binnen kurzem eine Ministerkrise bevorsteht. Ministerpräsident Rudini verlangt die Erziehung eines Kolonialministeriums.

Paris, 27. Okt. Der Wettkampf zwischen den Franzosen und der Royal Niger Company im sogenannten Bogen des Niger nimmt einen immer ernstere Charakter an. Von beiden Seiten sind in den letzten Tagen Verstärkungen an Truppen abgedandt worden, und bei der hochgradigen Spannung erscheint die Möglichkeit eines Zusammenstoßes nicht ausgeschlossen. Wie sehr die Anschauungen über die beiderseitigen Ansprüche von einander abweichen und wie wenig man haben und drüben zum Nachgeben geneigt ist, beweisen jetzt u. A. wieder Aeußerungen des augenblicklich in England weilenden Gouverneurs der Nigergesellschaft, Sir G. Goldie, über das Land Bussa, das von den Franzosen beansprucht, von Sir G. Goldie dagegen mit Entschiedenheit als britisch reklamirt wird, und zwar mit einem bedeutungsvollen Hinweis auf die aus 1000 Mann wohl disziplinirter Haussa-Truppen, Feldgeschützen, Granatentanonnen, Berggeschützen und Maschinentanonnen bestehende Streitmacht der Nigergesellschaft. Die demnächst zusammentretende englisch-französische Kommission wird eine Riesenaufgabe zu lösen haben, wenn sie die Ansprüche der beiden Konkurrenten mit einander vereinen will.

Madrid, 26. Okt. Die Antwort Spaniens auf die Note des amerikanischen Gesandten soll folgenden Inhalt haben: Die spanische Regierung giebt Cuba eine lokale Verwaltung mit allgemeinem Stimmrecht, das aus 2 Kammern besteht, die dem Parlament verantwortliche Regierung aus 5 Ministern. Die spanische Regierung hat die Kontrolle über die Armee, Marine und theilweise auswärtige Angelegenheiten.

Filzschuhe und Pantoffeln

empfiehlt billigst

G. Frerichs, Roonstraße 108

Geschäfts-Empfehlung.

Einem hochverehrten hiesigen wie auswärtigen Publikum die ergebnisreiche Anzeige, dass ich vor einigen Tagen die

Restauration Mühlengarten

Kopperhörn

von Frau Wwe. Winter übernommen habe.

Dieselbe wird in bisheriger Weise weitergeführt werden und bitte ich, das meiner Vorgängerin in so hohem Maße geschenkte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen.

Ich werde dasselbe durch Verabreichung von nur besten Speisen und Getränken und durch schnellste Bedienung zu rechtfertigen suchen.

Hochachtungsvoll

F. Plugge, Wwe. Winter Nachf.

Zum Besten des Vaterländ. Frauenvereins in Varel

Sonntag, den 31. Oktober,

im Bomsky'schen Saale, Aufführung geehrter Dilettanten:

Preciosa.

Schauspiel in 4 Akten von P. A. Wolff. Musik von Carl Maria von Weber,

ausgeführt von Dilettanten, verstärkt durch Mitglieder der Wohlthätigen Capelle, unter Leitung des Musikdirigenten Herrn A. Teubner.

Vorher: Prolog.

Gedichtet von Georg von Hassel.

Preise der Plätze: Nummerirte Plätze 3 Mk., wozu Billets im Vorverkauf bei Frau Brügge namentlich zu haben sind. Nicht nummerirte Plätze 1 Mk., ohne der Wohlthätigkeit Schranken zu setzen. Es wird an der Kasse nicht gewechselt.

Der Besuch der Generalprobe ist auf besonderen Wunsch gegen ein Eintrittsgeld von 3 Mk. gestattet.

Kassendöffnung 6 Uhr.

Anfang 7 Uhr.

Ende vor Abgang des Zuges nach Wilhelmshaven, Jever, Neuenburg usw.

Um zahlreiche Beteiligung bittet im Interesse der Sache

Der Vorstand des Vaterländ. Frauenvereins in Varel.

Stadt-Theater in Wilhelmshaven.
(Direction: Heinr. Scherbarth.)

Donnerstag, den 28. Okt.:
Erstes Gastspiel des Fr. Emma Krühling vom „Adolf Ernst-Theater“ in Berlin.

Die wilde Katze.

Singspiel in 4 Akten von W. Mannstädt. Musik von G. Steffens.

Freitag, den 29. Okt.:
Zweites Gastspiel des Fr. Emma Krühling vom „Adolf Ernst-Theater“ in Berlin.

Mit aufgehobenem Abonnement.

Die Haubenlerche.

Original-Charaktergemälde in 4 Akten von Ernst von Wildenbruch.

Passepartouts haben keine Gültigkeit.

Anfang 8 Uhr.

Gesangverein „Polyymnia“

Versammlung
am Freitag, den 29. d. Mts.,
Abends 8 Uhr, im Vereinslokale.
Um das Erscheinen sämtlicher Mitglieder wird gebeten.

Der Vorstand.

Veteranen-Verein Wilhelmshaven.

(Ausnahmsweise.)

Freitag, den 29. Okt. d. J.:
Versammlung.
Um zahlreiches Erscheinen wird dringend gebeten.

Der Vorstand.

Woch. 29., 8 Uhr Abends.

Gabelsberger Stenographen-Verein.

Freitag Abend 8 1/2 Uhr Hotel „Prinz Heinrich“.

Sämtliche Milchhändler

von hier und Umgegend werden ersucht, am Freitag, den 29. d. Mts., Abends 7 Uhr, im Restaurant „Zum Rülfringer Hof“, Lönndich, pünktlich erscheinen zu wollen.

Tagesordnung:

- 1) Berathung über eine zu gründende Vereinigung.
- 2) Verschiedenes.

Der Einberufer.

Bohnen, Arften u. Suerkrut!!

Soch! Mannell Jung int Warft Spieghus, tum 25. hütte.
Junge, aver ditt Vergneugen!

Achtung!!

Zwei lebenslustige junge Mädchen wünschen mit zwei flotten Herren in Briefwechsel zu treten, beabsichtigen näherer Bekanntschaft.
Briefe erbeten unter C. H. V. 12 postlagernd Jever.

Nachruf.

Am Mittwoch, den 27. d. M., entschlief nach kurzer heftiger Krankheit der seit ca. 15 Jahren als Hausvater thätige

Wilhelm Hemken

im Alter von 64 Jahren.
Möge ihm die Erde leicht sein!
Heppens, den 27. Okt. 1897.

Die Armencommission.

F. Gutzeit, Inspector.
Die Berichtigung findet am Montag, den 1. Novbr., Nachmittags 3 1/2 Uhr statt.

Dierzu eine Beilage.

Waarenhaus
B. H. Bührmann.

Doppeltbreiten
Kleider-
Warps
Meter 26 Pfg.



Hören Sie!

Die neuen

Monogramme-

Schablonen

bei

Heinr. Flitz

sind besser, billiger und schon viel beliebter wie Kupfer-Schablonen.
Dasselbst werden auch Monogramme angezeichnet.

Quaker
Oats



Ärztlich empfohlen. Nur in Packeten.

Überall käuflich. Versucht die Recepte auf den Packeten.

Für Herbst und Winter!

Normal-Planelle

und

Moltongs,

krampf frei

Normal-Schlaf-Decken.

Betten- u. Wäsche-Geschäft

A. Kickler, Roonstr. 103.

Seidewolle

nicht einlaufend, nicht filzend, größte Haltbarkeit bei unübertroffener Weichheit.

Heinrich Renken

Roonstraße 74.

Junge Mädchen,

die das Schneiden, Zeichnen, Zuschneiden gründlich erlernen wollen, können sich melden bei

M. Wahl, verl. Gölderstr. 104

Normal-
Unterzeuge

(gute haltbare Qualitäten) habe stets in allen Größen vorrätig.

Betten- u. Wäsche-Geschäft

A. Kickler, Roonstr. 103.

Wegzugshalber sofort zu verkaufen ein gut erhaltener

Frack,

sowie diverse andere Herren-
Kleidungsstücke.

Grenzstraße 21, I. Et. r.

Waarenhaus
B. H. Bührmann.

Freitag:

Reste-Tag!!

Die durch das flotte Herbstgeschäft angesammelten Reste in

Bettzungen, Julettts, Gardinen, Buckskins, Schürzenstoffe, Kattun, Kleider-Parchend, Hemdentuche, Warps

und ein großer Posten

Kleiderstoffreste

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Empfehle für den Winterbedarf sehr schöne mehliglockende

Speisekartoffeln (Magnum bonum)

zu billigsten Tagespreisen.

B. Wilts.

Grosse Betten

für 11,00 Mk.

Bessere Betten

für 17,00, 25,00, 36,65, 46,55 bis 76,00 Mk.

Alpengras-Matratzen

2,50, 3,50, 4,50 Mk.

Eiserne Bettstellen

3,75, 4,75, 6,50 bis 18,00 Mk.

Eiserne Kinder-Bettstellen

8,50, 12,25 bis 29,00 Mk.

Holz-Bettstellen

in solidester Ausführung.

Grothoff-Patent-Matratzen.

Sosch & Volksdorff.

